

Antragsbuch

zur

Kreisvollversammlung

der

Jusos Vorpommern-Greifswald

am 24.05.2025



Inhaltsverzeichnis

Nummer	Titel	Seite
A1	Arbeitsprogramm	3
A2	Nationalismus raus aus den Köpfen! – unsere Analyse zum Rechtsruck und wie wir diesem entgegentreten.	16
A3	Cui bono, Finanzbildung? – Gegen eine aktivierungspolitische finanzielle Bildung	21
A4	Sei fair, Bundeswehr!	25
A5	Unternehmen, die Arbeitnehmer*innenrechte unterwandern, nicht unterstützen.	27
A6	Für das Recht auf selbstbestimmtes Sterben – Sterbehilfe legalisieren, absichern und enttabuisieren.	28
A7	Klare Altersgrenzen für Schutz – gegen Machtungleichgewichte in Beziehungen Jugendlicher	30
A8	Erste Hilfe rettet Leben – verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs in der 9. Klasse	32
A9	Für ein FINTA*-Haus in Vorpommern-Greifswald – Schutzräume für alle schaffen!	34
A10	Staatenlosigkeit- Niemand kennt einen außer das Finanzamt	36
A11	Echte Integrationsarbeit statt Abschreckungspolitik – Für eine menschenwürdige und solidarische Migrationspolitik in Mecklenburg-Vorpommern!	39
A12	AfD-Verbot einleiten: Prüfantrag jetzt stellen!	41
A13	A13 – Wir stehen an der Seite der queeren Community!	

A1 - Arbeitsprogramm

UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS

Wir als Jungsozialist*innen innerhalb der SPD Vorpommern-Greifswald verstehen uns als ein sozialistischer, feministischer, nachhaltiger, internationalistischer und antifaschistischer Richtungsverband.

Wir sehen uns als linker Teil der SPD und stehen zu ihr in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Wir wollen linke und progressive Ideen umsetzen. Unsere Ideen basieren auf unserer Vorstellung von einem gerechten menschlichen Zusammenleben, worin sich jeder Mensch nach seinen Interessen verwirklichen kann.

Als Ostverband setzen wir uns dafür ein, dass noch immer bestehenden Ost-West-Gefälle im Bund weiter abzubauen. Die Löhne sind im Osten immer noch deutlich geringer als im Westen. Die Infrastruktur ist in fast allen Bereichen zu schwach um die großen zukünftigen Herausforderungen, wie die Verkehrswende oder den demographischen Wandel, zu bewältigen. Eine zielführende Ostpolitik lässt sich jedoch nur mit den anderen Ostverbänden gestalten. Hierfür werden wir unsere derzeitigen Netzwerke weiterhin pflegen und neue aufbauen. Das Ost-West-Gefälle gibt es aber nicht nur im Bund. Auch innerhalb von MV gibt es noch immer strukturelle Unterschiede zwischen Mecklenburg und Vorpommern. Auch hierfür ist es nötig sich innerhalb der Jusos MV und der SPD MV gemeinsam mit anderen Verbänden für einen Abbau dieses Gefälles einzusetzen.

Wir als Jusos VG sehen uns auch als Flächenverband. Die ländlichen Regionen müssen wir gemeinsam mit den städtischen Teilen verbinden. Dies gilt sowohl für unsere innerverbandliche Arbeit als auch für unsere politische. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass sich junge Menschen aus ganz Vorpommern-Greifswald bei uns engagieren können, egal ob sie studieren, eine Ausbildung machen, noch zur Schule gehen oder schon berufstätig sind. Ebenso müssen wir es als unsere Aufgabe ansehen, die politischen Interessen von jungen Menschen in der Stadt und auch in der Fläche zu vertreten. Hierfür gilt es sich mit anderen Flächenverbänden in MV auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen.

Ein wichtiger Standortvorteil von unserem Kreis ist die Universität Greifswald. Um diesen Vorteil sowohl zu nutzen als auch unsere politischen Interessen innerhalb der Hochschulpolitik zu vertreten, ist es nötig einer eigenen Hochschulgruppe weiterhin eigenen Raum zu geben und diese zu unterstützen. Wir wollen unsere Strukturen nutzen, um uns für gerechte Bildung

für alle Menschen einzusetzen. Noch immer entscheidet häufig das Elternhaus, ob ein junger Mensch studieren kann oder nicht. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Ebenso ist es vor allem in unserer Region und leider auch an unserer Universität wichtig klare Kante gegen rechts zu zeigen. Antifaschismus wollen wir auch an der Hochschule leben, auf rechte Strukturen aufmerksam machen und uns entschlossen gegen sie stellen.

Die Jusos Vorpommern-Greifswald verstehen sich als Safe-Space für marginalisierte, queere und FLINTA*-Personen. Unser Ziel ist es, einen geschützten Raum zu schaffen, in dem sich alle Menschen sicher, respektiert und bestärkt fühlen können. Dieses Selbstverständnis bleibt für uns auch in Zukunft zentral.

UNSERE HERAUSFORDERUNGEN

Eine zentrale Herausforderung unserer Arbeit als Jusos ist es weitere Menschen dafür zu gewinnen, um unsere politischen Ziele und Ideen einzusetzen. Hierbei muss es unser Ziel sein, dass wir auch durch unsere Mitglieder abbilden können, dass wir ein feministischer und sozialistischer Verband sind. Bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern müssen wir auch schauen, wo wir im Vergleich mit anderen parteilichen Jugendorganisationen stehen.

Ebenso müssen wir politisch interessierten Menschen, die sich außerhalb von Parteien organisieren, aufzeigen, dass es sich lohnt sich auch bei uns für die eigenen politischen Ziele einzusetzen. Es braucht junge Menschen, die ihren Protest direkt in die Parteien tragen, damit sich was ändert! 2026 steht die Landtagswahl an. Die Vorbereitungen dafür sind schon im Gange und müssen jetzt intensiviert werden.

Es muss unser Ziel sein die Mutterpartei sowohl mit gut ausgearbeiteten, progressiven Inhalten und mit progressiven Kandidaten ins Rennen zu schicken.

UNSERE KERNTHEMEN

FEMINISMUS

Der Feminismus ist einer der Grundwerte der Jusos und als solcher muss ihm auch im alltäglichen Verbandsgeschehen eine besondere Bedeutung zugestanden werden.

Die Arbeit eines feministischen Richtungsverbandes, als welchen wir uns begreifen, muss sich an intersektional feministischen Leitlinien orientieren und diese konsequent umsetzen. Dies

beinhaltet vor allem, dass patriarchale Verhältnisse und daraus resultierende Ausgrenzung und Diskriminierung als solche anerkannt werden, welchen es sich entgegenzustellen gilt.

FLINTA* Personen sind auch in unserem Verband nach wie vor unterrepräsentiert. Wir begreifen es als unsere Aufgabe FLINTA* Personen aus unserem Verband gezielt zu stärken und zu fördern, sowie mehr FLINTA* Personen für politische Arbeit und Engagement zu begeistern.

Dazu wird die bereits gestartete FLINTA* Vernetzung der Jusos VG weiter ausgebaut und ggf. in Kooperation mit dem Landesverband der Jusos Mecklenburg-Vorpommern eine Neumitgliederkampagne gestartet, welche explizit FLINTA* Personen ansprechen soll.

Um jeglicher Art von Diskriminierung entgegenzutreten ist es erforderlich, dass sexistisches und/oder anderweitig diskriminierendes Verhalten klar benannt und aufgearbeitet wird.

Um uns stetig selbst zu reflektieren, müssen wir unsere Perspektiven auch mit anderen Jugendorganisationen austauschen, um gegenseitig von den "best practises" zu lernen.

Dazu nehmen wir es uns zur Aufgabe, das Bewusstsein dafür zu stärken, welche Verhaltensweisen diskriminierend sind und wollen präventiv handeln.

Hierzu soll es auf den Sitzungen und Veranstaltungen Ansprechpersonen geben, welche bei Vorfällen ins Vertrauen gezogen werden können und entsprechend reagieren können.

Sexismus ist in allen Bereichen unserer Gesellschaft anzutreffen. Diesen auch omnipräsent zu bekämpfen, muss Teil unseres politischen Anspruches sein, welcher sich aus unserem Selbstverständnis heraus ergibt. Konkret bedeutet das, dass sämtliche inhaltliche Arbeit auf das Vorhandensein einer feministischen Perspektive überprüft wird und diese im Zweifel ergänzt werden muss. Das bedeutet auch, dass auf Sitzungen auf eine quотиerte Erstredner*innenliste geachtet werden soll.

Der von diesem Verband repräsentierte Feminismus hat einen intersektionalen Anspruch. Damit einher gilt grundsätzlich eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber jeglichem diskriminierenden Verhalten. Wir stellen uns entschieden gegen Rassismus, Faschismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus, Ableismus und Sexismus. Wir stehen ein für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Menschen.

NACHHALTIGKEIT

Die Klimakrise zeigt schon heute ihre Auswirkungen. Nun wird sie Jahr für Jahr stärker sichtbar. Diese Dramatik hätte von der Politik verhindert werden können. Da die SPD auf den

verschiedensten Ebenen in den letzten Jahren Regierungsverantwortung innehatte, müssen wir selbstkritisch einsehen, dass auch wir nicht laut genug waren und uns zu spät für eine nachhaltige Politik eingesetzt haben. Vor allem wir als Jusos müssen nun der Motor innerhalb der SPD sein, der dafür sorgt, dass die politischen Maßnahmen ergriffen werden, um unseren Planeten vor dem totalen Kollaps zu bewahren. Unser Anspruch muss es sein, um jedes Zehntel Grad zu kämpfen. Tun wir dies nicht, wären die Folgen verheerend.

Wir müssen uns ebenfalls dafür einsetzen, dass die Bewältigung der Klimakrise sozial gerecht abläuft. Das bedeutet für uns auch, dass aufgrund von unterschiedlich starken Folgen der Klimakrise, die Lasten des Klimaschutzes sowohl im Bund als auch global ausgleichend verteilt werden müssen. Regionen, wie beispielsweise der globale Süden, sollten nicht am stärksten unter den Emissionen der westlichen Welt leiden. Die Haupttreiber der Klimakrise müssen für die Rettung des Klimas zur Kasse gebeten werden!

Als Haupttreiber der Klimakrise sehen wir den Kapitalismus. Ein System, welches nach unendlichem Wachstum strebt, auf einem Planeten, der jedoch nur endliche Ressourcen besitzt. Der Klimaschutz darf daher nicht nur Aufgabe des Individuums sein. Dieses Problem wollen wir systemisch lösen.

Trotzdem bleibt es wichtig, ein ökologisches Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung zu schaffen, da auch kleine Maßnahmen in der Summe etwas verändern können. Für uns ist klar, dass ein weiterer Haupttreiber der Klimakrise Superreiche und deren Verhalten sind. Diese tragen damit eine große Verantwortung für die Klimakatastrophe, deswegen müssen wir dafür kämpfen, dass Superreiche endlich zur Verantwortung gezogen werden und zur Kasse gebeten werden. Bei den politischen Maßnahmen ist für uns klar, dass diese sofort umgesetzt werden müssen. Wir können nicht, wie andere politische Mitstreiter, auf die Forschung und ein Wunderheilmittel hoffen. Wir können auch nicht warten, bis sich Märkte regulieren. Dies würde zu lange dauern und wäre unsozial.

Zu Nachhaltigkeit zählen wir ebenfalls den Umwelt- und Artenschutz. Die biologische und geographische Vielfalt unseres Planeten muss erhalten bleiben, um für nachfolgende Generationen zugänglich zu bleiben. Daher muss in bestimmten Bereichen Klima- und Umweltschutz getrennt betrachtet werden. Diese Herausforderungen wollen und müssen wir angehen und zeigen, dass es sich lohnt, sich bei uns Jusos für einen nachhaltigen Planeten einzusetzen. Außerdem müssen wir uns für die Bewältigung dieser Menschheitsaufgabe stärker überparteilich und mit zivilgesellschaftlichen

Organisationen vernetzen, um die Besten Lösung schnellstmöglich umzusetzen: Hierfür müssen wir den Protest auf der Straße und in unsere Partei tragen!

SOZIALISMUS

Als Jusos setzen wir uns für einen demokratischen Sozialismus ein. Wir möchten eine Gesellschaft, in der alle an den Gewinnen teilhaben. Das Mindestziel muss dabei sein, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können!

Wir sind uns bewusst, dass die gerechte Verteilung gerade in einer Welt der knapper werdenden Ressourcen immer wichtiger wird und wir jetzt handeln müssen. Unser kritischer Blick soll dabei nicht auf den marginalisierten Bevölkerungsgruppen ruhen, sondern auf den Personen, die überproportional profitiert haben von dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands: den Millionär*innen und Milliardär*innen

Die zunehmende Vermögensungleichheit, zugunsten der aller Reichsten, muss aufhören!

Die Aufgabe dieses Vorstands ist es, die Ziele mit Leben zu füllen. Die Ungerechtigkeiten werden sich ohne unser vehementes und ausdauerndes Engagement nicht überwinden lassen. Wir wollen dabei Lösungen kritisch diskutieren und in den Austausch gehen mit anderen progressiven Organisationen.

Für unsere Ideen eines demokratischen Sozialismus müssen wir insbesondere wieder mehr junge Menschen begeistern. Wir wollen zeigen, dass das wirtschaftliche System veränderbar ist und das demokratische System auch fähig ist, diese Veränderungen umzusetzen.

INTERNATIONALISMUS & ANTIRASSISMUS

Einer der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft ist der Rassismus vor allem gegenüber Geflüchteten, der nicht tolerierbar ist und bekämpft werden muss. Antirassismus als Kernthema darf nicht nur ein inhaltliches Thema sein, sondern muss sich ebenso in der innerverbandlichen Arbeit widerspiegeln

Darüber hinaus verstehen wir Internationalismus nicht nur als eine Solidarität mit Menschen in anderen Ländern, sondern als eine Verpflichtung, globale Zusammenhänge zu erkennen und darauf hinzuwirken, dass Menschenrechte weltweit geachtet werden. Dies schließt den Einsatz für Klimagerechtigkeit ebenso ein wie die Unterstützung von friedlichen Konfliktlösungen und die Bekämpfung von Ungerechtigkeiten auf internationaler Ebene. Nur

durch eine starke internationale Vernetzung und Zusammenarbeit können wir die globalen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und eine gerechtere Welt schaffen.

In diesem Sinne werden wir uns in der kommenden Wahlperiode verstärkt dafür einsetzen, dass unsere Vision einer global gerechten, friedlichen und nachhaltigen Welt Realität wird.

ANTIFASCHISMUS

Wir wollen als Jusos weiter in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht, Faschist*innen den Weg zu versperren. Dazu gehört es nicht nur an Demos teilzunehmen und sich mit Opfern zu solidarisieren, sondern ganz besonders auch der politische Kampf gegen rechts in den Strukturen, in denen wir leben.

Wir müssen Antworten darauf finden, dass immer wieder faschistische Organisationen fruchtbaren Boden in den Apparaten des Staates finden, die vorgesehen sind unsere demokratisch freiheitliche Grundordnung zu bewahren und zu verteidigen. Wir müssen uns dagegen wehren, dass diese Fälle als Ausnahmen und Einzelfälle bezeichnet werden und offensiv Versagen von Verantwortlichen benennen, wo es stattfindet.

Uns ist klar, dass Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Homophobie kein Teil einer freien Meinungsäußerung sein kann und es Aufgabe einer demokratisch freiheitlichen Gesellschaft ist, solche Verhaltensweisen anzuprangern und ihnen systematisch die Plattformen zu entziehen. Mit Nazis gibt es keinen Diskurs auf Augenhöhe. Der beste Umgang mit menschenfeindlichen Ideologien ist es nicht mit ihnen zu verhandeln, sondern ihre Fehlerhaftigkeit und Perfidität aufzudecken und jene die sie verbreiten aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.

UNSERE VORSTANDSSTRUKTUR

Resortexpert*innen

Um die inhaltliche Arbeit effizient zu gestalten, empfiehlt es sich, diese nach Themen auf die einzelnen Mitglieder des Vorstands aufzuteilen. Hierbei sollten die einzelnen Interessen bestenfalls den zugewiesenen Resorts entsprechen. Die Expert*innen sollen auch als Ansprechpartner*innen zu diesen Themen dienen und bei Sitzungen o.Ä. innerhalb ihrer Resorts die (Haupt-)Verantwortung tragen.

Mitgliederbetreuung

Damit sich jeder Mensch, der sich mit den Grundwerten der Jusos identifiziert, politisch verwirklichen kann, muss ein besonderes Augenmerk des künftigen Vorstands auch auf die Mitgliederbetreuung gelegt werden. Dafür ist es wichtig, dass der Vorstand die Genoss*innen beispielsweise dabei unterstützt, eigene Anträge auszuarbeiten. Ebenso ist es wichtig, dass immer die Möglichkeit besteht in den Mitgliedern des Vorstands Ansprechpartner*innen bei Fragen oder Ideen zu finden.

Ein wichtiger Teil der Mitgliederbetreuung ist die Neumitgliederbetreuung. Hierfür muss es zusätzliche Möglichkeiten geben, um unsere Strukturen und Arbeitsweisen und die der SPD zu verstehen und kennenzulernen. Dafür kann ein Buddy-Programm innerhalb des Kreisverbandes aufgebaut werden, um Neumitglieder gut zu unterstützen und Wissen weiterzugeben. Kommunikation innerhalb des Verbandes ist für die (Neu-)Mitgliederbetreuung eines der zentralen Mittel. Die Kommunikation soll so aufgestellt werden, dass die Angebote des Kreis- und Landesverbandes noch mehr genutzt werden und die Präsenz unserer Mitglieder auf anderen politischen Veranstaltungen wie beispielsweise Demos erhöht werden.

Awarenessstruktur

Um jeglicher Art von Diskriminierung entgegenzutreten ist es erforderlich, dass sexistisches und/oder anderweitig diskriminierendes Verhalten klar benannt und aufgearbeitet wird. Dazu nehmen wir es uns zur Aufgabe das Bewusstsein dafür zu stärken, welche Verhaltensweisen diskriminierend sind und wollen präventiv handeln. Hierzu soll es auf den Sitzungen und Veranstaltungen Ansprechpersonen geben, welche bei Vorfällen ins Vertrauen gezogen werden können und entsprechend reagieren können. Darüber hinaus wird eine dauerhafte Struktur vorgesehen. Die Ausarbeitung dessen ist Aufgabe des Vorstandes.

Juso-Hochschulgruppen

Die Zusammenarbeit mit der Hochschulgruppe an der Universität Greifswald ist für unseren Verband sehr wichtig. Durch die Universität kommen regelmäßig neue Menschen nach Greifswald mit politischem Interesse. Um diese Menschen als Neumitglieder zu gewinnen, ist die Hochschulgruppe eine wichtige Anlaufstelle. Hier können die Mitglieder wichtige Erfahrungen in Gremien oder unserer innerverbandlichen Arbeit sammeln. Hierbei soll die

Hochschulgruppe als eine echte Gliederung des Kreisverbandes agieren, damit Kräfte gebündelt werden können. Dies erleichtert es auch die Kommunikationsmittel des Kreisverbandes der Hochschulgruppe bereitzustellen.

Juso-Schüler*innen- und Auszubildenen-Gruppen

Wir dürfen uns allerdings nicht nur auf die Universität verlassen. Es gibt nicht völlig zu Unrecht das Vorurteil über linke Jugendorganisationen, Verbände durchakademisierte Weltfremder zu sein, die sich nur gerne mit den Federn der Arbeiter*innenbewegung schmücken, ohne selbst je ein Teil davon gewesen zu sein. Die Jusos sind ein Verband für alle jungen Menschen, die für eine bessere Zukunft kämpfen wollen. Um diesem Ziel gerecht zu werden braucht es nicht nur Studierende, sondern ganz besonders auch Auszubildende und Schüler*innen. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit mit der JSAG MV suchen und unseren Verband deutlich attraktiver für Schüler*innen und Auszubildende machen und gemeinsam für unsere Inhalte werben. Gleichzeitig wollen wir auch regelmäßiger Verteilaktionen vor Berufsschulen abhalten, um die Präsenz zu erhöhen und ggf. auch so neue Mitglieder zu gewinnen.

Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen

Solidarität ist keine Einbahnstraße, deswegen wollen wir verstärkt den Schulterschluss mit anderen Juso-Kreisverbänden und progressiven Jugendverbänden suchen, um gemeinsam eine breite, junge Plattform für linke Politik aufzubauen und mit dem LaVo Landesweit zu stärken. Auch die vom Landesverband angestrebte Kooperation zwischen den Jusos MV und den Jusos SH wollen wir unterstützen. Dazu sollen nicht nur die Kooperationen der beiden Landesverbände unterstützt werden, sondern auch eigene Kooperationen mit einzelnen Kreisverbänden der Jusos SH geschaffen werden und durch gemeinsame Veranstaltungen und Unterstützungen in der politischen Arbeit gelebt werden.

Gleichzeitig wollen wir auch eine stärkere Vernetzung der Ostverbände vorantreiben, um uns über spezifische Probleme austauschen zu können und voneinander Best-Practices lernen können.

Dieser Schulterschluss soll auch international erfolgen. Wir wollen den Kontakt und die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen-Organisationen wieder verstärken, um dem nationalen Treiben der konservativen Kräfte entgegenzutreten.

UNSERE ARBEITSSTRUKTUR

Analyse

1. Lila Faden/Feministischer Rechenschaftsbericht

Sexismus ist in allen Bereichen unserer Gesellschaft anzutreffen. Diesen auch omnipräsent zu bekämpfen, muss Teil unseres politischen Anspruches sein, welcher sich aus unserem Selbstverständnis heraus ergibt. Konkret bedeutet das, dass sämtliche inhaltliche Arbeit auf das Vorhandensein einer feministischen Perspektive überprüft wird und diese im Zweifel ergänzt werden muss. Es bedeutet ferner auch, dass auf Sitzungen generell eine Quotierung der Redeliste zu erfolgen hat.

2. Grüner Faden/Ökologischer Rechenschaftsbericht

Der Klimawandel schreitet weiter voran und die schweren Folgen dessen sind schon jetzt deutlich sichtbar. Gleichzeitig sorgen die vielen parallelen Krisen dafür, dass die Aufmerksamkeit auf diese wohl größte Herausforderung unseres Jahrhunderts nicht so hoch ist, wie sie nötig ist. Um in unserer Arbeit dafür zu sorgen, dass dies nicht untergeht, wollen wir den Grünen Faden als Analysewerkzeug verwenden und unsere Arbeit damit auf Ökologisches Verantwortungsbewusstsein und Nachhaltigkeit zu prüfen. Damit sollen inhaltliche Positionen immer auch aus einer ökologischen Perspektive betrachtet werden. Ebenso soll mit ihm unser eigener ökologischer Fußabdruck berücksichtigt und möglichst klein gehalten werden.

3. Finanzieller Rechenschaftsbericht

Der Finanzielle Rechenschaftsbericht gibt Auskunft darüber, wie das Verbandsbudget für das Jahr genutzt wurde. Welche Finanzierungsmöglichkeiten genutzt wurden und welche Ausgaben getätigt wurden. Transparenz in Finanzfragen ist besonders wichtig, um das Vertrauen in den Verband zu stärken und den Rahmen unserer Möglichkeiten im positiven wie im negativen aufzuzeigen.

Sitzungsstruktur

1. Offenes Plenum

Das Plenum ist eine offene Sitzung für Mitglieder und Interessierte mit loser Struktur und freier Themenwahl. Ziel ist es ins Gespräch zu kommen und sich über Tagesaktuelle Politik, aber auch tiefergehende Konzepte und Perspektiven auszutauschen.

2. Themensitzung

Feste strukturierte Themensitzungen für Mitglieder und Interessierte, wahlweise in der RGS oder in einem Abgeordnetenbüro mit entsprechender*m Abgeordneten im Kreis, dienen der politischen Bildung und dem Wissenstransfer der Mitglieder des Verbands in spezifischen Themen und Themenbereichen.

Anschließend/Alternativ zur Themensitzung, folgt die verbandsoffene Vorstandssitzung, im Format von festen strukturierten Sitzungen für Mitglieder zur Schaffung von Transparenz über die fortschreitende Arbeit des Vorstands, in denen über die anstehenden Projekte und Pläne öffentlich informiert und diskutiert wird, sowie die vergangene Arbeit verbandsöffentlich ausgewertet wird. Die Sitzungen werden protokolliert und die Protokolle im Verband veröffentlicht.

3. Tagesseminar

Ähnlich wie die Themensitzungen, haben die Tagesseminare das Ziel tiefer in verschiedene Themenbereiche vorzudringen. Ein größerer Zeitrahmen und Vorträge von Expert*innen für diese Themen erlauben es dabei komplexere Themen zu behandeln und das Seminar interaktiver zu gestalten. Das größere Format hält darüber hinaus größere Attraktivität für Mitglieder die entfernter vom Tagungsort wohnen, oder aus anderen Verbänden kommen und vor Ort teilnehmen wollen.

4. Lockere Veranstaltungen

Wir wollen einen stärkeren Fokus auf die innerverbandliche Arbeit setzen. Gerade bei uns als Jugendverband soll Politik auch Spaß machen. Daher wollen wir auch explizit Veranstaltungen durchführen, wo wir nicht unbedingt über politische Themen sprechen müssen. Ideen für solche Formate sind (regelmäßige) Kneipenabende, Filmabende, Spieleabende oder gemeinsame Ausflüge etc.

Hybride Veranstaltungsbegleitung

Hybride Veranstaltungsbegleitung bietet die Möglichkeit, die Fläche besser einzubinden und den Verband besser in den Kreis zu öffnen. Darüber hinaus erlaubt es uns, andere Verbände zu unseren Sitzungen einzuladen und niedrigschwellige Teilnahmemöglichkeiten zu bieten.

Veranstaltungen

1. Frauen*kampftagsparty
2. Storch Heinar Cup
3. Sommerevent
4. Neu-/Mitgliederseminar
5. Weihnachtsfeier

Arbeitskreise/Antragswerkstätten

Antragswerkstätten sollen die Möglichkeit bieten, Mitglieder für die Ausarbeitung von Anträgen miteinander zu vernetzen. Die Antragswerkstätten werden für die spezifischen Anträge eingerichtet, sobald Mitglieder die Idee eines Antrags äußern, an dem sie mit anderen Mitgliedern arbeiten wollen. Die Antragswerkstätten leiten und koordinieren sich selbst. Dabei werden sie unterstützt und begleitet von eine*r Expert*in für den jeweiligen Themenbereich aus dem Vorstand. In Vorbereitung zur nächsten KVV sollen allgemeine Antragswerkstätten angeboten werden.

UNSERE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

SoMe-Team

Für die Öffentlichkeitsarbeit wollen wir einen eigenen Arbeitskreis etablieren, um die Öffentlichkeitsarbeit zu professionalisieren und Aufgaben im Verband besser zu verteilen. Dieser Arbeitskreis wird vom Vorstand bestimmt und soll sowohl aus Vorstandsmitgliedern aber auch aus Basismitgliedern bestehen.

Fokusplattformen Instagram und TikTok sind für unsere Zwecke am besten geeignet und hat die höchste Reichweite in unserer Zielaltersgruppe.

Das Format von Instagramposts lässt sich auch gut verwenden, um Aufmerksamkeit in WhatsApp des Verbands zu schaffen, ohne ausschließlich auf lange Texte zurückgreifen zu müssen.

Website

Um einen übersichtlichen Internetauftritt zu gewährleisten, ist eine ordentlich gepflegte Website hilfreich. Hierfür soll die schon genehmigte Website über SPD-Plus ausgearbeitet, online gestellt und regelmäßig gepflegt werden.

Pressemitteilungen

Das Mittel der klassischen Pressemitteilung soll wieder stärker verwendet werden. Medienportale sind Multiplikatoren von Reichweite, die wir wieder verstärkt mit unseren Themen bespielen wollen.

Materialien

Wir wollen auch weiter auf Veranstaltungen Präsenz zeigen, auf uns Aufmerksam machen und für unsere Inhalte werben. Dafür ist es nötig Materialien wie Flyer, Gimmicks, Fahnen und Banner zu haben und zur Verfügung stellen zu können. Das bedeutet, dass wir einen Grundstock an Materialien anlegen und pflegen müssen.

LANDTAGSWAHL 2026

Wir setzen uns entschlossen für eine globale Gemeinschaft ein, die durch grenzenlose Solidarität und gegenseitige Unterstützung geprägt ist. Angesichts der drängenden globalen Herausforderungen wie der Klimakrise, dem Krieg in der Ukraine und den fortwährenden Menschenrechtsverletzungen weltweit, rückt die kommende Bundestagswahl in den Fokus unserer politischen Arbeit. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Wahl nicht nur als ein weiteres politisches Ereignis gesehen wird, sondern als eine Chance, die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass sich in Deutschland ein besorgniserregender Rechtsruck in der politischen Landschaft abzeichnet, der durch die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen deutlich wurde. Rechte und extrem rechte Kräfte

gewinnen an Einfluss und stellen eine reale Gefahr für unsere demokratischen Werte und die soziale Gerechtigkeit dar. Diese Entwicklung zeigt uns, wie wichtig es ist, sich gegen rechtsextreme Ideologien zu positionieren und für eine offene, solidarische und gerechte Gesellschaft einzutreten.

Daher betrachten wir es als unsere Pflicht, umfassende Bildungsarbeit zu leisten, um das Bewusstsein der Wählerinnen zu schärfen und eine hohe Wahlbeteiligung zu fördern. Unser Ziel ist es, die Menschen nicht nur über unsere Kandidatinnen und politischen Ziele zu informieren, sondern sie auch dazu zu motivieren, ihre Stimme gegen diesen Rechtsruck und für eine gerechtere und solidarische Gesellschaft abzugeben.

A2 - Nationalismus raus aus den Köpfen! – unsere Analyse zum Rechtsruck und wie wir diesem entgegentreten.

Beleidigungen, Volksverhetzungen und Morddrohungen gehören seit einigen Jahren zum politischen Alltag im Netz, ebenso wie Pöbeleien in Wahlkämpfen. Doch in den letzten Wahlkämpfen und im politischen Alltag zeigt sich eine neue „Normalität“. Bedrohungen und Gewalt gegenüber Mandatsträger*innen, Kandidat*innen, Wahlkämpfer*innen und marginalisierten Gruppen ist leider so normal geworden, dass eine reichweitenstarke Empörung mit notwendigen Folgen immer häufiger ausbleibt. Zudem ist die Gleichgültigkeit der Bürgerlichen gegenüber solchen Vorfällen erschreckend und ein Teil der Gründe, warum sich solche Taten in Regelmäßigkeit häufen. Diese Gleichgültigkeit führt sowohl zu häufigeren Gewalttaten als auch zu einem zunehmenden allgemeinen Sicherheitsgefühl von Rechtsradikalen und Rechtsextremisten sich als solche in der Öffentlichkeit zu zeigen.

So zeigen sich in vielen ostdeutschen Städten aber auch in einigen westdeutschen Regionen Bilder, die stark an die Baseballschlägerjahre der 90er erinnern. Faschos zeigen sich offen als solche in der Straße und im Netz. Wo sie früher noch berechtigte Verachtung fürchten mussten und sich in eigene Räume zurückzogen, fühlen sie sich jetzt wohl und zeigen ihre rechten Kennzeichen stolz nach außen. Das ein solches Sicherheitsgefühl zwangsläufig zu einer höheren Gewaltbereitschaft führt, ist klar und hat für viele Demokrat*innen schwere Folgen. Ein prominentes Beispiel ist hier der Genosse Matthias Ecke, der im Zuge des EU-Wahlkampfes 2024, von mehreren Jugendlichen verprügelt wurde, sodass er im Krankenhaus behandelt werden musste. Im Bundestagswahlkampf gab es auch bei uns in Vorpommern-Greifswald neben Beleidigungen und Morddrohungen einen Angriff auf einen Wahlkampfstand.

Neben der steigenden Gewaltbereitschaft steigt durch diese „neue Normalität“ auch die Rekrutierung rechter Gruppierungen und Kameradschaften bei Jugendlichen. Der Altersdurchschnitt der rechtsextremen Gruppen, welche im vergangenen Jahr in Ostdeutschland mehrere CSDs bedrohten, ist erschreckend niedrig und zeigt, wie stark Rechtsextreme in der Jugend erfolgreich rekrutieren. Neben einer rechten Hegemonie auf vorwiegend von jungen Menschen benutzten sozialen Netzwerken, wie TikTok, unterstützen soziale Probleme wie Perspektivlosigkeit, ein Gefühl vom Abgehängt sein oder Langeweile dieses Rekrutierungsvermögen bzw. die Politisierung der Jugend allgemein nach rechts. Hinzu kommt, dass diese Probleme junger Menschen in der Politik und auch bei uns in der SPD zu wenig Gehör finden.

Doch die vorgezogene Bundestagswahl 2025 mit dem deutlichen Einzug der Partei Die Linke hat gezeigt, dass der Rechtsruck der Jugend bzw. der Allgemeine Rechtsruck kein Naturgesetz ist. Wir als SPD dürfen daher nicht glauben, dass sich der Rechtsruck aufhalten lässt, indem man vermeintlich konsequente aber in Wirklichkeit unmenschliche Maßnahmen gegen eine sogenannte „Migrationskrise“ mitträgt. Menschen, die solche Politik fordern, wählen am Ende immer das Original. Selbst die CDU musste dies schon oft feststellen. Wir als SPD dürfen aber nicht Teil des Rechtsrucks sein, sondern müssen uns diesem konsequent entgegenstellen. Zudem müssen wir uns als Partei und Verband dieser neuen politischen „Normalität“ stellen und darauf neben dem Umsetzen politischer Maßnahmen auch unsere Verbandsarbeit anpassen.

Solidarisch, mutig, entschlossen – wir weichen nicht zurück!

Die wachsende Bedrohung durch Rechtsextreme stellt uns als gesamter Verband und Partei aber auch als Kreisverband und Ortsverein hier vor Ort vor große Herausforderungen. Schon jetzt schreckt die Bedrohung von rechts viele Menschen vom politischen Engagement ab. Ein Beispiel ist hier der ehemalige Oberbürgermeister von Neubrandenburg, Silvio Witt, der zum 01. Mai 2025 zurücktreten musste, um sein privates Umfeld zu schützen.

Rechte Hetze und Gewalt zielen darauf ab, uns zum Schweigen zu bringen. Wer sich aus Angst oder Erschöpfung zurückzieht, hat dafür unser volles Verständnis – denn der Schutz jedes Einzelnen steht für uns an erster Stelle. Aber als Verband sagen wir klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Dafür entwickeln wir unsere Strukturen weiter, schaffen sichere Rahmenbedingungen für unser Engagement und stärken uns gegenseitig – damit politische Arbeit für alle möglich bleibt.

Um uns vor rechter Bedrohung und Gewalt zu schützen, werden wir:

- Aktionen wie bspw. Flyern und Plakatieren nur noch mit mind. 2 Menschen durchführen
- bei Wahlkampfständen außerhalb unserer Hochburgen den Sicherheitsaspekt vorne anstellen und eine ausreichende Beteiligung gewährleisten
- Ortsangaben von Juso-Sitzungen am Abend bei der Veranstaltungsbewerbung nur noch auf Anfrage zu teilen

- Sowohl allgemeine als auch FINTA*-spezifische professionelle Selbstverteidigungskurse durchführen
- Aktionstrainings für Demos durchführen, welche auch den Schutz vor rechter Bedrohung auf Demos beinhalten
- Eine Kontaktperson oder Kommission jeweils auf Juso- und SPD-Landesebene etablieren, bei denen Sicherheitsvorfälle gemeldet werden können, um diese zu dokumentieren, sichtbar zu machen und ggf. Vorschläge für Maßnahmen zu entwickeln, und so die Sicherheit unserer Mitglieder vor Ort zu erhöhen

Demokratie braucht Schutz – und Mut zur Veränderung

Der Rechtsruck in unserem Land ist auch eine klare Folge politischer Versäumnisse – etwa, weil rechte Gewalt und rechte Netzwerke von Sicherheitsbehörden und Justiz immer wieder verharmlost oder nicht konsequent verfolgt werden, oder weil eine wachsende soziale Ungleichheit den Nährboden für rassistische und nationalistische Narrative bereitet.

Um den Rechtsextremismus ernsthaft zu bekämpfen, braucht es:

- Ein klares Bekenntnis der neuen Bundesregierung zum Fakt, dass Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere Demokratie darstellt
- Eine umfassende Reform der Sicherheitsbehörden, um rechte Strukturen innerhalb der Behörden zu beseitigen
- Die Waffenbehörden so stärken, dass Rechtsextreme und Reichsbürger vollständig entwaffnet werden und jegliche Betätigung gegen die FDGO einen sofortigen Entzug der Waffenerlaubnis nach sich zieht
- Umverteilung von oben nach unten, von West nach Ost, um soziale Ungleichheiten abzubauen
- Aussteigerprogramme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene zu fördern und auszubauen
- Bewusstsein über finanzielle Strukturen rechtsextremer Gruppen/Netzwerke/Akteur*innen und die Zerschlagung dieser

Who's streets? Our streets! - Egal wo ihr auftaucht, wir sind zuerst da!

Eine Strategie von Rechtsextremen, um junge Menschen zu rekrutieren, ist es, den jungen Menschen vor allem im ländlichen Raum eine Gemeinschaft zu bieten, klare Feindbilder zu verbreiten und die Volatilität der politischen Meinung von Jugendlichen für rechte Propaganda

zu nutzen. Doch der Rechtsruck in der Jugend ist kein Naturgesetz und wir können ihm entgegenwirken. Seit Jahren ist ebenso zu beobachten, dass Engagement in flexiblen und themenorientierten Bewegungen und Initiativen bevorzugt wird. Gerade hier muss unser Anspruch, die Sozialdemokratie und der Demokratische Sozialismus als Bewegung, jenseits von Parteistrukturen, stärker greifen als bisher. Dass das Engagement junger Menschen nicht gebündelt wird, ist auch ein Versagen der Sozialdemokratie.

Deshalb wollen wir:

- die Jusos und die SPD wieder mehr auf die Straße bringen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land
 - dazu wollen wir unsere Demopräsenz durch Mobilisierung und Material erhöhen
 - Aktionstrainings regelmäßig durchführen
 - uns Rechtsextremen konsequent in den Weg stellen
 - Antifaschismus und ein Entgegenstellen gegen den Rechtsruck wieder als Kernanliegen der SPD etablieren
 - hierfür wollen wir mit Bündnispartner*innen auf lokaler aber auch auf Landes- und Bundesebene enger zusammenarbeiten
- unseren Verband sowohl als Ort der politischen Arbeit als auch als Ort für eine progressiv-sozialistische Gemeinschaft etablieren und ausbauen
 - wir wollen dafür einen Ausgleich zwischen Verbandsarbeit, politischer Bildung, Wahlkampf und gemeinsamer Freizeitformate schaffen, um starke Banden zu bilden
- mittelfristig im ländlichen Raum kleinere Ortsgruppen aufbauen und aus dem städtischen Raum unterstützen
- die Jusos und die SPD wieder nahbar vor allem für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen machen
 - dafür wollen wir die Idee von „SPD bei dir“ entwickeln und etablieren
 - im Wahlkampf auch Formate wie Haustürwahlkampf etablieren
- die historische Verantwortung der SPD, die Partei der Arbeiter*innenbewegung zu sein, nachzukommen

A3 - Cui bono, Finanzbildung? – Gegen eine aktivierungspolitische finanzielle Bildung

Bereits seit Jahren treibt die OECD in ihren Mitgliedsstaaten die Implementierung von Finanzbildungsstrategien voran, wobei diese auf eine gesteigerte Investitionsbereitschaft abzielen. In Deutschland wurde diese dies in der letzten „Ampel“-Regierung durch das FDP-geführte Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das ebenfalls FDP-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der *„Initiative Finanzielle Bildung“* umgesetzt.

Und unwidersprochen besteht ein Bedürfnis an finanzieller Bildung, denn durch sogenannte „Finfluencer*innen“ geraten Kinder und Jugendliche schon früh mit Fragen des Kapitalmarkts in Berührung und werden teilweise zu riskantem Verhalten angeregt, insbesondere da die meisten Finfluencer*innen auch eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen. Auch Überschuldung ist weiterhin ein Problem, nicht zuletzt durch die Verbreitung von „Buy Now, Pay Later“-Angeboten, die gerade bei jungen Menschen beliebt sind. Auf der anderen Seite ist es heutzutage wesentlich einfacher und bequemer Aktien und Fonds zu erwerben und so am Kapitalmarkt mit all den verbundenen Risiken teilzunehmen. Daher sollten Bemühungen, die finanzielle Bildung in Deutschland zu verbessern auch nicht eingestellt werden, sondern weitergeführt und intensiviert werden.

Allerdings ist die Initiative von BMF und BMBF vollkommen falsch aufgezogen und dient einseitig parteipolitischen und privatwirtschaftlichen Interessen.

Dies beginnt mit der Vorgehensweise und Organisation der Initiative. Zwar gibt die Initiative an in einem „breit angelegte[n] Konsultationsprozess alle Stakeholder der finanziellen Bildung in Deutschland“ einbezogen zu haben, doch übergeht sie bereits gewachsene Strukturen des Feldes und dessen Angebote und Erfahrungswissen. Auf höchster Ebene werden die Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz, sowie für Umwelt und Verbraucherschutz nicht einbezogen, obwohl diese ebenso fachlich betroffen sind und bereits einschlägige Materialien zu dem Thema anbieten. Darunter werden die Erfahrungen, Strategien und Materialien von wichtigen lokalen Organisationen, wie etwa Schuldnerberatungen, nicht genutzt und stattdessen suggeriert, dass es einen grundlegenden Mangel einer Finanzbildungsstrategie gibt.

Es setzt sich fort damit, dass Informationsangebote und Erklärvideos (unter dem Hashtag #Finanzisch) ohne didaktisches Konzept als Bildungsmaterialien präsentiert werden. Darunter fällt dann auch ein Video über die (angebliche) Notwendigkeit der Schuldenbremse, was überleitet zum schwerwiegendsten Kritikpunkt: den wirtschaftspolitischen Inhalten.

So ist das Hauptziel der produzierten Inhalte und Videos, die Bevölkerung zu aktivieren, mehr privat in die Altersvorsorge zu investieren. Hierdurch wird eine ausreichende Altersvorsorge zur primär privaten Verantwortung erklärt, es profitieren die Akteure der Finanzindustrie. Kombiniert wird dies mit dem Propagieren von Sparhaushalten der öffentlichen Hand.

Die Probleme der Initiative enden damit, dass gezielt sogenannte „vulnerable Gruppen“, z. B. Menschen mit niedrigem Bildungsniveau oder Frauen, angesprochen werden sollen. Diese werden stereotyp konstruiert und ihnen die Verantwortung für ihre Situation zugesprochen, wobei unterstellt wird, dass ihnen lediglich die finanzielle Bildung fehlen würde und mit mehr Engagement an den Finanzmärkten würden ihre (finanziellen) Probleme gelöst.

Diese Initiative ist also nicht nur ungeeignet das Niveau der Finanzbildung in der Bevölkerung zu erhöhen, sie wird, wenn sie so fortgeführt wird, Schaden anrichten. Durch diese Kampagne wird eine Politik motiviert und vorbereitet, die Aktien und Finanzmarkt-Aktivitäten als Lösung aller finanziellen Probleme verklärt. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass ärmere Menschen kein Geld übrighaben, um in Aktien zu investieren und durch die Beteiligung am Aktienmarkt die Vermögensungleichheit weiter verstärkt wird. Profiteure einer solchen Politik wären in erster Linie die Anbieter von Finanzprodukten (Banken, Versicherungen, etc.), die Gelder, die sonst nicht-profitorientiert etwa von der Rentenversicherung verwaltet worden wären, in ihre Hände umleiten würden und damit Rendite einstreichen könnten.

Da Aktien und ETFs immer beliebter werden und Überschuldung ein viele Menschen vor große Probleme stellt, ist eine Verbesserung der finanziellen Bildung in Deutschland absolut erstrebenswert und sollte auch Teil des Unterrichts in Schulen sein. Allerdings sollte diese Bildung fair, unparteiisch und ehrlich sein. Die Risiken von Anlageprodukten und die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik sollten thematisiert werden. Deshalb fordern wir:

1. Die von der OECD angestoßenen „Initiative Finanzielle Bildung“ sollte abgeändert, aber nicht eingestellt werden.

2. Alle Akteure der finanziellen Bildung sollten mit einbezogen werden und ihre praktische Erfahrung genutzt werden.
3. Privaten Stakeholdern“ darf nicht die Kontrolle über die Inhalte gegeben werden. Die Inhalte müssen demokratisch festgelegt werden. Sollten privatwirtschaftliche Akteure an der Erstellung von Inhalten mitgewirkt haben, so muss dies kenntlich gemacht werden.
4. Themen aus der Finanzbildung sollten Inhalt des Unterrichts an Schulen sein. Dazu gehören:
 - a. Grundlegende Begriffe aus der Finanzwelt (Aktie, Fonds, Aktienindex, ETF, Bear/Bull, Leerverkauf)
 - b. Verständnis dafür, dass Werte von Aktien nicht den realen Wert von Unternehmen wiedergeben, sondern die Renditeerwartung der Anleger widerspiegeln
 - c. Wann kann man überhaupt investieren? Reiche können am meisten investieren, Reiche können am meisten verdienen. („Matthäus-Prinzip“)
 - d. Warnung vor Hebelprodukten und Empfehlungen von Influencern
 - e. Praktische Fragen (Erwerb von Aktien, Anlegen von Depots, Steuern, etc.)
5. Tatsächliche Lösungen für Menschen in prekären Lagen, nicht zuletzt faire Löhne, eine sichere und auskömmliche gesetzliche Rente und eine zuverlässige Kinderbetreuung

Darüber hinaus muss finanzielle Bildung durch eine ebenso ausgewogene und breit aufgestellte ökonomische Bildung flankiert werden. Diese sollte ein Verständnis dafür erzeugen, aus welchen Verhältnissen die jetzige Wirtschaftsordnung entstanden und welche Ungleichheiten durch diese Ordnung erzeugt werden. Sie sollte, im Hinblick auf die finanzielle Bildung und die Kapitalmärkte, klar machen, wer überhaupt in der Lage ist, in nennenswertem Umfang in Aktien zu investieren und wer am meisten davon profitiert. Und sie sollte erklären, dass ein Unterschied zwischen dem Staatshaushalt und einem privaten Haushalt besteht. Hierbei sei die Mackenroth-These erwähnt.

Eine wirtschaftliche Bildung, die sich auf Binsen, wie „Kapitalismus vs. Marxismus“ reduziert und den freien Markt als maximal effizient darstellt, sodass Eingriffe in ihn stets als Zugeständnis an das Soziale, aber wirtschaftsschädigend erscheinen, war noch nie zeitgemäß.

Ohne eine moderne und faktenbasierte wirtschaftliche Bildung wird es schwer für linke, sozialdemokratische Wirtschaftspolitik Mehrheiten zu gewinnen.

A4 - Sei fair, Bundeswehr!

Die Bundeswehr ist in doppelter Hinsicht kein gewöhnlicher Arbeitgeber. Zum einen ist sie von herausragender Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik. Zum anderen ist ein Dienst in ihr gefährlich, wie bei sonst keinem anderen Arbeitgeber in Deutschland – sowohl für das eigene Leben als auch für das Leben anderer Menschen. Daher hat das Werben für einen Dienst in der Bundeswehr mit besonderer Sensibilität und auch Ehrlichkeit zu erfolgen.

Daher muss ein Informieren über die Bundeswehr sachlich erfolgen. Dies gilt insbesondere an Schulen und bei Berufsinformationsveranstaltungen, die sich an Schüler*innen richten. Auch auf Messen muss sich die Bundeswehr ehrlich und allumfassend vorstellen und darf nicht den Eindruck erwecken, ein Dienst bei der Bundeswehr bestünde aus Fitness und Outdoor-Abenteuer-Urlaub.

Im Speziellen bedeutet dies, dass die Passage aus dem aktuellen Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung (Z. 4147 f.), die eine „Stärkung der Rolle der Jugendoffiziere“ fordert, „die an den Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen“ so verstanden werden muss, dass die Jugendoffiziere darin gestärkt werden sollen, die Fragen von Schüler*innen umfassend und ausgewogen beantworten zu können und dass sie in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, um allen Interessierten ein umfassendes Bild vom Dienst in der Bundeswehr zu vermitteln. Die Grundsätze der Schulautonomie sind zu achten.

A5 - Unternehmen, die Arbeitnehmer*innenrechte unterwandern, nicht unterstützen.

Die Jusos Vorpommern-Greifswald beschließen, dass der Kreisverband und sein Vorstand keine Gelder mehr für den Einkauf bei Unternehmen verwenden, von denen er Kenntnis hat, dass sie Arbeitnehmer*innen- oder Menschenrechte missachten. Insbesondere schließt dies Unternehmen ein, die ihre Arbeitnehmer*innen unzulässig überwachen, die Anerkennung von Tarifverträgen verweigern, den Einfluss von Gewerkschaften (auch global) zurückzudrängen versuchen, aktiv die Gründung von Betriebsräten verhindern oder ihre Marktmacht missbrauchen. Grundsätzlich sind regionale Anbieter, sowie fair und umweltfreundlich produzierte Produkte zu bevorzugen, wenn dies ökonomisch vertretbar ist.

Vor Einkäufen und Anschaffungen soll, in dem Volumen der Anschaffung angemessenem Umfang, geprüft werden, ob das Unternehmen oben genannten Kriterien entspricht und ob Alternativen existieren. Der Vorstand wird beauftragt - zur praktischen Umsetzung - für häufig wiederkehrende Anschaffungen passende Produkte und Anbieter zu identifizieren. Außerdem wird er beauftragt sich für ähnliche Regelungen auf Landesebene und im Orts- und Kreisverband der SPD einzusetzen.

A6 - Für das Recht auf selbstbestimmtes Sterben – Sterbehilfe legalisieren, absichern und enttabuisieren.

Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Lebensende ist Ausdruck persönlicher Autonomie und Würde. Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2020 entschieden, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht auch das Recht auf selbstbestimmtes Sterben umfasst. Trotzdem fehlt bis heute eine eindeutige gesetzliche Regelung, die Betroffenen wie Ärzt*innen und Angehörigen Sicherheit gibt.

Ein erschütterndes Beispiel für die fatalen Folgen dieser gesetzlichen Leerstelle ist der Fall von Ángel Hernández und seiner schwerkranken Frau María José Carrasco in Spanien. María José litt über Jahrzehnte an Multipler Sklerose im Endstadium, hatte dauerhaft starke Schmerzen und wünschte sich einen würdevollen Tod. Weil aktive Sterbehilfe damals in Spanien verboten war, half ihr Ángel beim Suizid – dokumentierte alles transparent und stellte sich der Polizei. Er wurde verhaftet. Erst nach großer öffentlicher Debatte wurde das Verfahren eingestellt – und Spanien führte später ein Sterbehilfegesetz ein.

Dieses Beispiel zeigt, wie gesetzliche Lücken Menschen in ausweglose Situationen treiben – und wie dringend eine klare, gerechte und solidarische Lösung auch in Deutschland ist. Es darf nicht sein, dass Menschen ins Ausland gehen müssen, um würdevoll sterben zu dürfen – oder dass Angehörige kriminalisiert werden, wenn sie ihrem geliebten Menschen helfen.

Als Jusos stehen wir für Selbstbestimmung, für soziale Gerechtigkeit und für eine Politik, die nicht moralisiert, sondern unterstützt. Das gilt auch für das Lebensende. Wir wollen eine Gesellschaft, die begleitet statt beurteilt – in der Menschen frei entscheiden können, ob, wann und wie sie gehen möchten.

Die Jusos Vorpommern-Greifswald fordern eine menschenrechtsbasierte gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe in Deutschland, die das individuelle Recht auf ein selbstbestimmtes Lebensende respektiert und unterstützt. Wir setzen uns dafür ein:

1. Assisterter Suizid soll rechtlich klar geregelt und unter medizinisch, psychologisch und ethisch begleiteten Bedingungen zugänglich sein.

2. Sterbehilfe darf nicht vom Einkommen abhängen. Der Zugang zu Beratung, palliativer Versorgung und assistierter Sterbehilfe muss solidarisch organisiert, barrierefrei und öffentlich finanziert sein.
3. Sterbehilfeangebote dürfen nicht ausschließlich von privatwirtschaftlichen Akteuren getragen werden. Es braucht gemeinwohlorientierte, nichtkommerzielle Strukturen – z. B. durch öffentliche Trägerschaft oder gemeinnützige Organisationen.
4. Palliativmedizin und psychologische Versorgung müssen umfassend ausgebaut werden, damit niemand sich aus Mangel an Alternativen zum Suizid gezwungen fühlt.
5. Sterben darf kein Tabu sein. Wir fordern Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu Sterbehilfe, Palliativversorgung und Umgang mit dem Tod – in Schulen, Hochschulen und Öffentlichkeit.
6. Wir wenden uns gegen die Blockadehaltung der Bundesregierung, die aus Angst vor konservativen Moralvorstellungen notwendige gesetzliche Regelungen verzögert. Das Recht auf Selbstbestimmung muss politisch durchgesetzt werden – ohne religiöse oder weltanschauliche Bevormundung.

A7 - Klare Altersgrenzen für Schutz – gegen Machtungleichgewichte in Beziehungen Jugendlicher

Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor Ausbeutung, Übergriffen und ungleichen Machtverhältnissen – gerade in ihren ersten Liebes- oder Sexualbeziehungen. Aktuell erlaubt das deutsche Strafrecht in bestimmten Konstellationen einvernehmliche Beziehungen zwischen zum Beispiel einem 14-jährigen Mädchen und einem über 25-jährigen Mann, solange kein „Missbrauch von Schutzbefohlenen“ oder „fehlende Einsichtsfähigkeit“ nachgewiesen werden kann. Das ist nicht nur realitätsfern, sondern gefährlich.

Ein 14- oder 15-jähriges Mädchen kann sich gegen emotionale und sexuelle Manipulation durch eine erwachsene Person kaum wehren – auch wenn die Beziehung auf den ersten Blick „einvernehmlich“ erscheint. Die psychische Reife, ökonomische Abhängigkeit, Lebenserfahrung und Machtposition eines über 25-jährigen Erwachsenen stehen in keinem gesunden Verhältnis zur Lebensrealität eines jungen Teenagers. Solche Verbindungen sind strukturell übergriffig – auch ohne offene Gewalt.

Es ist nicht Aufgabe von Eltern oder Sorgeberechtigten, diese Dynamiken allein zu erkennen oder zu kontrollieren. Schutz darf nicht vom familiären Umfeld abhängen – er muss gesetzlich garantiert und gesellschaftlich getragen werden.

Als Jusos stehen wir für die konsequente Verteidigung von Kinder- und Jugendrechten. Wir fordern einen zeitgemäßen, feministischen und präventiven Jugendschutz, der Machtverhältnisse anerkennt, benennt und sanktioniert – und der junge Menschen in ihrer Entwicklung schützt, statt sie allein zu lassen.

Die Jusos Vorpommern-Greifswald fordern eine Reform des Jugendschutzes, insbesondere im Hinblick auf Altersunterschiede in Liebesbeziehungen zwischen Jugendlichen und deutlich älteren Erwachsenen. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein:

1. Dass in sexuellen oder romantischen Beziehungen, in denen eine minderjährige Person unter 16 Jahren involviert ist, ein maximaler Altersunterschied von fünf Jahren erlaubt ist – alles darüber hinaus, soll als sexualisierte Gewalt strafbar sein, unabhängig vom Einverständnis der Erziehungsberechtigten.

2. Dass bestehende Gesetzeslücken im Sexualstrafrecht geschlossen werden, damit Machtgefälle und Abhängigkeitsverhältnisse konsequent erfasst und sanktioniert werden können.
3. Dass die Verantwortung für den Schutz von Jugendlichen nicht länger auf Eltern oder Sorgeberechtigte abgewälzt wird, sondern strukturell durch verbindliche rechtliche Regelungen und präventive staatliche Schutzkonzepte gewährleistet wird.
4. Dass Aufklärung an Schulen und Jugendeinrichtungen altersgerecht vermittelt, wie emotionale, psychische und sexuelle Manipulation in Beziehungen funktioniert – und wie sich Jugendliche davor schützen können.

A8 - Erste Hilfe rettet Leben – verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs in der 9. Klasse

Wir fordern, dass an allen weiterführenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern ein verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs für Schüler*innen der 9. Klassen eingeführt wird.

Erste Hilfe kann Leben retten – doch viele Menschen fühlen sich im Ernstfall unsicher oder hilflos. Das liegt oft daran, dass praktische Kenntnisse fehlen oder der letzte Kurs zu lange zurückliegt. Besonders Jugendliche sollten frühzeitig befähigt werden, in Notsituationen richtig zu handeln.

Ein verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs in der 9. Klasse vermittelt wichtige Kompetenzen für den Alltag, stärkt das Verantwortungsgefühl und kann im Zweifel Leben retten – ob im Straßenverkehr, in der Schule oder im privaten Umfeld.

Zudem würde der Kurs junge Menschen auf die Anforderungen der Fahrerlaubnis, auf ehrenamtliches Engagement und auf zukünftige Berufswege vorbereiten – eine sinnvolle Investition in Bildung, Sicherheit und Solidarität.

Der Kurs soll:

1. von qualifizierten Organisationen wie dem DRK, ASB oder den Johannitern durchgeführt werden,
2. mindestens 9 Unterrichtseinheiten
3. sowohl theoretische als auch praktische Anteile enthalten (z. B. Wiederbelebung, stabile Seitenlage, Versorgung von Wunden, Verhalten in Notlagen),
4. für alle Schüler*innen kostenfrei sein und
5. im Zeugnis oder als offizielles Zertifikat dokumentiert werden (z. B. als Nachweis für Führerscheinbewerbungen).

A9 - Für ein FINTA*-Haus in Vorpommern-Greifswald – Schutzräume für alle schaffen!

Die Jusos Vorpommern-Greifswald setzen sich auf Kreis- und Landesebene dafür ein, dass ein spezifisches Schutzhaus für FINTA*-Personen (Frauen, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen) im Landkreis Vorpommern-Greifswald geschaffen wird.

Gewalt gegen FINTA*-Personen ist ein massives gesellschaftliches Problem. Während es in Mecklenburg-Vorpommern Frauenhäuser gibt, sind deren Zugänge in der Praxis oft binär und schließen trans*, inter*, nicht-binäre und agender Personen aus. Besonders trans* Frauen und nicht-binäre Menschen erleben vielfach Diskriminierung oder werden gar nicht aufgenommen. Dies führt dazu, dass FINTA*-Personen in akuten Gewaltsituationen ohne Zufluchtsort bleiben.

Ein FINTA*-Haus ist ein dringend benötigter Schutzraum, der alle Menschen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität schützt. Es bietet nicht nur Sicherheit, sondern auch niedrigschwellige Unterstützung, Empowerment und langfristige Perspektiven für Betroffene. Solche Projekte gibt es bereits in einzelnen Regionen Deutschlands – sie zeigen, dass geschlechtersensible und diskriminierungsfreie Schutzkonzepte funktionieren.

Wir wollen, dass sich jede FINTA*-Person in unserem Landkreis sicher fühlen kann – besonders dann, wenn sie Gewalt erfährt. Der Aufbau eines FINTA*-Hauses wäre ein notwendiger Schritt hin zu echter Gleichstellung und solidarischer Gesellschaftspolitik.

Dazu fordern wir:

1. *Einrichtung eines FINTA-Hauses** im Landkreis Vorpommern-Greifswald als Schutzraum für alle von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen FINTA*-Personen, unabhängig von Geschlechtseintrag, oder sexueller Orientierung.
2. **Anerkennung der besonderen Schutzbedarfe** von trans*, inter*, nicht-binären und agender Personen in bestehenden Gewaltschutzstrukturen sowie Förderung diskriminierungsfreier Zugänge zu Schutzunterkünften.
3. **Finanzielle und institutionelle Unterstützung** durch den Landkreis und das Land Mecklenburg-Vorpommern für die Schaffung und den Betrieb des FINTA*-Hauses, ggf.

in Kooperation mit bestehenden Trägern der Frauenhausarbeit, queeren Verbänden und Fachberatungsstellen.

4. **Ausbau von Sensibilisierungs- und Weiterbildungsangeboten** für Mitarbeitende in Gewaltschutz- und Beratungseinrichtungen zu queerer und intersektionaler Gewaltprävention.
5. Die systematische Erfassung auch von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen FINTA*-Personen, um gesellschaftlichen Vorurteilen vorzubeugen.

A10 - Staatenlosigkeit- Niemand kennt einen außer das Finanzamt

Wir fordern, dass sich die Bundesrepublik Deutschland stärker für die Rechte staatenloser Menschen einsetzt und ein einheitliches Verfahren zur Anerkennung der Rechtsstellung von staatenlosen Menschen einführt. Dabei soll der Nachweis der Staatenlosigkeit realistisch und zugänglich ermöglicht und eine Frist zur Entscheidung über die Anerkennung der Rechtsstellung gesetzt werden. Dadurch wird der Praxis, dass insbesondere Kinder ohne Rechtsstellung und rechtliche Identität aufwachsen, ein Ende gesetzt. Gleichzeitig wird durch die Einführung eines Anerkennungsverfahrens, die Umsetzung des deutschen Einbürgerungsrechts mit Blick auf staatenlose Menschen, insbesondere von in Deutschland geborenen Menschen ermöglicht und der effektive Zugang zu diesen Rechten in der Praxis sichergestellt. Letztlich sorgt ein solches Verfahren für Rechtssicherheit, da keine Menschen mehr auf unbestimmte Zeit ohne Rechtsstellung in Deutschland leben würden und Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe ermöglicht wird

Ende 2023 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 29,495 anerkannte staatenlose Menschen in Deutschland. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher sein. Hinzu kommen über 91.000 Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit - eine administrative und in der Theorie nur vorübergehende Kategorie die keine Rechtsstellung ist, die häufig über Jahre und auf unbestimmte Zeit hinweg besteht und mit unsicheren Aufenthaltstiteln oder Duldungen in Deutschland leben und somit keinen stabilen Zugang zu wichtigen Rechten wie Arbeitserlaubnissen, Sozialleistungen oder der Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe haben.

Es gibt zahlreiche Gründe, warum Menschen staatenlos werden. Kinder von staatenlosen Eltern erben oftmals diesen Status, in vielen Ländern können Frauen die Staatsbürgerschaft nicht an ihre Kinder weitergeben, und Geflüchtete können aufgrund politischer Verfolgung oder Kriegen oft keine Dokumente vorlegen, die ihre Staatsangehörigkeit - ihre rechtliche Verbindung zu einem Staat belegen. Zudem kann der Entzug der Staatsbürgerschaft in bestimmten Ländern als politisches Instrument missbraucht werden, wie es etwa bei den Rohingya in Myanmar oder Regimekritikern in Russland geschieht.

Staatenlosigkeit ist eine gravierende Verletzung der Menschenrechte und führt zu erheblichen Benachteiligungen im alltäglichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Betroffene haben oft Schwierigkeiten, Arbeitsstellen zu finden, Bankkonten zu eröffnen, zu

heiraten, eine Geburt zu beurkunden oder grundlegende Rechte wahrzunehmen. Der Status der „ungeklärten Staatsangehörigkeit“ wird von deutschen Behörden häufig verwendet, wenn Dokumente fehlen oder die Herkunftsländer nicht kooperieren. Dies führt zu prekären Situationen, in denen Menschen über Jahre hinweg mit kurzfristigen Duldungen und ohne Rechtsstellung in Deutschland leben müssen.

Unser Forderungskatalog umfasst daher:

1. Einheitliche Regelung des Verfahrens zur Anerkennung von Staatenlosen: Wir fordern ein bundesweites Verfahren, um die Rechte von staatenlosen Menschen verbindlich/mit Bindungswirkung anzuerkennen. Die derzeitige Praxis, dass die Behörden überhaupt keine Frist zur Anerkennung von Staatenlosen haben und dass die Anerkennung der Staatenlosigkeit keine Bindungswirkung hat, führt dazu, dass Betroffene oft jahrelang ohne rechtlichen Status verharren oder jederzeit dem Risiko ausgesetzt sind ihre anerkannte Rechtsstellung der Staatenlosigkeit zu verlieren. Ein Verfahren schafft Rechtssicherheit für den Staat und die gesamte Gesellschaft - zugleich werden unendliche und repetitive Verfahren verhindert und die Behörden entlastet.

2. Einbürgerung von staatenlosen Menschen: Staatenlos geborene Menschen haben nach deutschem Recht einen Anspruch auf die Staatsangehörigkeit, jedoch ist dieses Gesetz weitgehend unbekannt und wird in der Praxis nicht angewandt - jährlich werden von zehntausenden Anspruchsberechtigten nur 5 Personen auf dieser Grundlage eingebürgert. Dadurch kommt Deutschland dem Ziel der Verhinderung und Verminderung der Staatenlosigkeit nicht nach. Weiterhin ist Deutschland verpflichtet, die Einbürgerung von Staatenlosen so weit wie möglich zu vereinfachen. Dafür muss die Einbürgerung erleichtert und bereits nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland ermöglicht werden. Derzeit gilt eine Frist von sechs Jahren, die jedoch in der Praxis nicht eingehalten wird und, den keine realistische Möglichkeit und Perspektive gegeben wird. Dies gilt insbesondere für Kinder, die in Deutschland staatenlos auf die Welt kommen.

3. Erleichterung der Nachweispflichten: Die Hürden für die Anerkennung und Einbürgerung staatenloser Personen sollten gesenkt werden. Häufig scheitern Anerkennungsverfahren

darán, dass weil für den Nachweis der Staatenlosigkeit dieselben Beweishürden gelten wie für den Nachweis der Staatsangehörigkeit. Dabei sind die zwei Phänomene nicht vergleichbar - die Staatsangehörigkeit ist eine positive Tatsache, bei der Staatenlosigkeit muss bewiesen werden, dass etwas nicht existiert. Trotzdem gibt es keine spezifischen Beweisregeln, obwohl Betroffene regelmäßig aufgrund der Staatenlosigkeit nie über Dokumente wie Geburts- oder Heiratsurkunden besaßen, oder diese in Kriegsgebieten verloren gegangen oder aufgrund von Diskriminierungen nicht mehr zugänglich sind.

4. Stärkung des internationalen Schutzes für staatenlose Menschen: Staatenlose Menschen sind einer Situation der besonderen Schutzbedürftigkeit ausgesetzt, da Sie keine vergleichbare rechtliche Beziehung zu einem Staat besitzen und nachweisen können. Deutschland muss sich stärker dafür einsetzen, dass diese Menschen ihre Rechte effektiv wahrnehmen können und nicht in Unsicherheit und Abhängigkeit von kurzfristigen und nicht nachhaltigen Entscheidungen leben müssen.

Fazit:

Staatenlosigkeit ist ein gravierendes Problem, das in Deutschland noch immer zu wenig Beachtung findet. Die Jusos fordern die Bundesregierung auf, sich entschlossen für eine Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation staatenloser Menschen einzusetzen. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch unabhängig von seinem rechtlichen Status die Möglichkeit hat, ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu führen.

A11 - Echte Integrationsarbeit statt Abschreckungspolitik – Für eine menschenwürdige und solidarische Migrationspolitik in Mecklenburg-Vorpommern!

Die Jusos Vorpommern-Greifswald fordern von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie den zuständigen Kommunen eine grundlegend neue Integrationspraxis, die auf Teilhabe, Solidarität und soziale Gerechtigkeit statt auf Ausgrenzung, Kontrolle und Armut zielt.

Konkret fordern wir:

1. **Nein zur Bezahlkarte** – wir lehnen die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen ab. Sie bedeutet faktisch eine Einschränkung von Selbstbestimmung und Teilhabe, schafft neue Hürden im Alltag und ist Ausdruck einer entmündigenden Politik.
2. **Für Familiennachzug statt Abschottung** – Familien gehören zusammen! Wir fordern eine offensive Unterstützung des Familiennachzugs, insbesondere für Geflüchtete und subsidiär Schutzberechtigte, um Integration, psychische Stabilität und langfristige Perspektiven zu fördern.
3. **Sprachförderung stärken** – wir fordern den massiven Ausbau qualitativ hochwertiger, kostenloser Sprach- und Integrationskurse mit ausreichend Kapazitäten, professionellen Lehrkräften und flexiblen Zeiten, auch in ländlichen Regionen.
4. **Medizinische und psychologische Versorgung für alle** – wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung für Geflüchtete ein. Außerdem fordern wir gezielte Angebote psychologischer Hilfe zur Traumabewältigung, insbesondere für Geflüchtete mit Flucht- oder Kriegserfahrungen.
5. **Integration in den Arbeitsmarkt von Anfang an** – wir fordern den frühzeitigen Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Es braucht gezielte Beratung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Job-Patenschaften und individuelle Unterstützungsangebote, um Menschen nicht direkt in Armut zu drängen, sondern echte Perspektiven zu schaffen.

6. **Keine Abschiebungen nach Syrien, Iran und Afghanistan zu unterstützen.** Auch nicht über Drittstaaten. Jeder Mensch hat das Recht auf rechtsstaatliche Verfahren. Wir sollten als Demokratie keine Autokratien finanzieren und unterstützen.

Die aktuelle Integrationspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist häufig geprägt von Restriktionen, Bürokratie und Misstrauen. Statt Menschen, die bei uns Schutz suchen, auf Augenhöhe zu begegnen, werden viele systematisch in Unsicherheit, Armut und Isolation gedrängt. Die Einführung einer Bezahlkarte ist nur das jüngste Beispiel einer integrationsfeindlichen Politik, die auf Abschreckung statt Teilhabe setzt.

Wir sagen: Integration beginnt mit Würde, Sicherheit und echter Unterstützung. Sprache, Familie, Gesundheit und Arbeit sind die Grundpfeiler einer gelungenen Integration – wer diese verweigert, produziert soziale Ausgrenzung und reproduziert rassistische Narrative.

Als Jusos stehen wir für eine solidarische Gesellschaft. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen, unabhängig von Herkunft oder Pass. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht zu einem Experimentierfeld restriktiver Bundespolitik werden – wir fordern soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde auch für Zugewanderte.

A12 - AfD-Verbot einleiten: Prüfantrag jetzt stellen!

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Vertreter*innen der sozialdemokratischen Regierungen im Bundesrat dazu auf, einen Prüfantrag beim Bundesverfassungsgericht zur Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens zu stellen.

Im Jahr 1930 scheiterte die erste Initiative preußischer Beamter, ein Parteiverbot der NSDAP anzustrengen. Der Versuch wurde von der bürgerlichen Reichsregierung mit den Argumenten abgewehrt, man würde die NSDAP damit nur stärken, und müsse sie stattdessen inhaltlich stellen (so Reichskanzler Brüning vom „Zentrum“). Die NSDAP war zu diesem Zeitpunkt bemüht, sich ein bürgerliches Image zu geben. Es lag aber eine breite Materialsammlung von Aussagen führender Nazis vor, die eindeutig ihre eigentlichen Absichten erkennen ließen.

Historische Gleichsetzungen verbieten sich zwar, jedoch sind klare Parallelen zum heutigen Umgang mit der AfD zu erkennen. Es gilt, aus der Geschichte zu lernen und die im Grundgesetz verankerten Instrumente des demokratischen Rechtsstaats gegen seine erklärten Feinde zu nutzen. Spätestens mit der Einstufung durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ verbietet sich jede Naivität im Umgang mit der AfD. Die AfD zielt darauf ab, die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik zu beseitigen. Alle Mittel zu ihrer Bekämpfung müssen eingesetzt werden.

Parteiverbotsverfahren

Parteien, die darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik gefährden sind gem. Art. 21 Abs.2 GG verfassungswidrig. Über die Verfassungswidrigkeit kann gem. Art. 21 Abs.4 GG nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Der Prüfantrag als notwendige Voraussetzung kann nur von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung gestellt werden. Die tatsächliche Entscheidung über das Verbot trifft allein das Bundesverfassungsgericht (Verwerfungsmonopol) auf Basis einer rechtlichen Prüfung.

Die Möglichkeit des Parteiverbots ist Ausdruck des Prinzips der wehrhaften Demokratie. Nicht zuletzt als Lehre aus der NS-Zeit soll verhindert werden, dass Verfassungsfeinde die den Parteien durch das Grundgesetz garantierten Privilegien nutzen, um die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen. Es ist nicht erforderlich, dass sich die Verfassungswidrigkeit bereits aus dem offiziellen Programm der Partei ergibt. Äußerungen von Vertreter*innen der Partei, Gliederungen oder Aussagen auf Werbematerialien können der Partei zugerechnet werden.

Die fortschreitende Radikalisierung der AfD

Bereits bei ihrer Gründung wies die AfD klar rechtsradikale Elemente auf. Diese sind seitdem immer stärker geworden und beherrschen die Partei mittlerweile. Wurde 2017 noch versucht, Björn Höcke als einflussreichsten Vertreters des völkischen Flügels aus der Partei auszuschließen, bezeichnet Alice Weidel dies mittlerweile als Fehler. Mit jedem Machtwechsel wurden wirtschaftsliberale oder konservativ geprägte Gruppen zurückgedrängt, sodass der völkische Flügel die Partei in der Breite dominiert.

Alice Weidel hat im Bundestagswahlkampf offen mit der Forderung nach „Remigration“ geworben. Der Begriff bezeichnet die Ausweisung von Bürger*innen der Bundesrepublik, die keinen Platz im völkisch geprägten Nationsbegriff der extremen Rechten haben und richtet sich sowohl gegen Menschen mit Migrationsgeschichte als auch politische Gegner*innen. Dieser ethnisch definierte Volksbegriff steht im klaren Widerspruch zu dem rechtlich geprägten Verständnis des Grundgesetzes, das auf die Staatsangehörigkeit Bezug nimmt und bewegt sich außerdem klar im Widerspruch zur Menschenwürde.

Die völkische Ideologie spiegelt sich durchgehend in den Äußerungen einflussreicher AfD-Politiker*innen wieder. Sie wird breit geteilt in der AfD.

Immer wieder macht die AfD die parlamentarische Demokratie verächtlich. Bei der Konstituierung des thüringischen Landtags versuchte der AfD-Alterspräsident parlamentarische Prozesse gezielt zu sabotieren und ließ sich dabei nur durch ein Urteil des thüringischen Verfassungsgerichtshofs stoppen. Regelmäßig wird der demokratische

Charakter der Bundesrepublik in Zweifel gezogen. In öffentlich gewordenen Geheimchats rufen AfD-Politiker*innen zur „totalen Revolution“, „Stürmung des Bundestags“ auf und zweifeln die Universalität der Menschenrechte an.

Immer wieder stellen einflussreiche AfD-Politiker*innen eine Kontinuität mit dem Nationalsozialismus her. Matthias Helferich bezeichnete sich selbst als das „freundliche Gesicht des NS“, Björn Höcke ist mittlerweile mehrmals wegen des öffentlichen Verwendens von Naziparolen verurteilt, regelmäßig relativieren AfD-Abgeordnete NS-Verbrechen.

Die Belege sind mittlerweile umfassend, dass die AfD hinter demokratischen Lippenbekenntnissen eine klar faschistische und antidemokratische Agenda verfolgt und eng mit militanten und rechtsextremen Kräften in der Gesellschaft zusammenarbeitet. Teilweise geht direkte Gewalt von AfD-Funktionär*innen oder Mitarbeiter*innen gegen migrantische Personen, Pressevertreter*innen oder linke Aktivist*innen aus oder sie stehen in direkter Verbindung mit militanten rechtsextremen Gruppierungen. Rechtsterrorist*innen nehmen regelmäßig positiv Bezug zur Politik der AfD oder sind von AfD-Propaganda beeinflusst.

Wer nicht bewusst die Augen davor verschließt, muss erkennen: **Die AfD zielt darauf ab, diese Demokratie zu beseitigen und will eine rechtsautoritäre, faschistische Gesellschaft errichten.**

Prüfantrag jetzt stellen

Die Neubewertung der AfD durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem spiegelt diese fortschreitende Radikalisierung wider. Es liegen mittlerweile detaillierte und umfassende Materialsammlungen von privaten Initiativen, Journalist*innen und Aktivist*innen (sog. OSINT) vor, die die Verfassungsfeindlichkeit der AfD belegen. Seit Jahren wird die AfD zudem als rechtsextremistischer Verdachtsfall oder in einzelnen Ländern als gesichert rechtsextrem beobachtet. Es ist fest davon auszugehen, dass den Behörden neben den öffentlich zugänglichen Erkenntnissen weitere Informationen vorliegen, die einen Prüfantrag vor dem BVerfG untermauern können.

Mit einer Partei, die sich nicht an die demokratischen Spielregeln hält, ist kein Wettbewerb auf Augenhöhe möglich. Jeder Versuch, sie „im demokratischen Diskurs zu stellen“ läuft ins Leere. Sie sabotiert das demokratische System, denn sie ist kein politischer Mitbewerber, sondern ein Feind des demokratischen Systems. Käme sie an die Macht, ist fest davon auszugehen, dass sie nicht mehr abgewählt werden kann. Parlamentarische Demokratien leben davon, dass die politischen Akteure einen demokratischen Konsens teilen. Die AfD ist nicht Teil dieses Konsenses. Sie lehnt die Gewaltenteilung ab, würde die demokratischen Oppositionsrechte abschaffen und die Ablösbarkeit der Regierung durch demokratische Wahlen zumindest de facto aufheben. Die internationalen Verbündeten der AfD sind autokratische Politiker*innen und Regime. Ebenso wie sie, strebt die AfD eine autokratische Verfasstheit der Bundesrepublik an.

Das Parteiverbot ist ein scharfes Schwert der wehrhaften Demokratie. Seit den zwei gescheiterten NPD-Verbotsverfahren verfolgt Karlsruhe eine restriktive Linie bei der Anwendung des Instruments. Teilweise bestehen Zweifel, ob die politische Entscheidung, einen Prüfantrag zu stellen, klug ist oder die AfD in ihrem Opfernarrativ stärken würde.

Die Entscheidung über das Einleiten eines Partei-Verbots kann nicht taktisch getrieben, sondern muss Ergebnis grundsätzlicher Erwägungen sein. **Sobald überzeugende Belege für die Verfassungswidrigkeit einer Partei vorliegen, ist es die demokratische Pflicht der antragsberechtigten Verfassungsorgane, mit einem Antrag die Prüfung der Verfassungsgemäßheit einer Partei zu ermöglichen.** Die antragsberechtigten Verfassungsorgane müssen mit ihrem Prüfantrag in Verantwortung für den Schutz unserer Demokratie und Verfassung die Voraussetzung für ein AfD-Verbotsverfahren schaffen.

Die Gründe, aus denen die NPD-Verfahren gescheitert sind, sind auf die AfD nicht übertragbar. Weder mangelt es der AfD an der Potentialität zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung, noch ist die AfD derart mit V-Leuten unterwandert, dass Probleme bestehen, ihr das Verhalten ihrer Funktionsträger*innen zuzurechnen.

Wer die wehrhafte Demokratie ernst nimmt und sich dem Geist des Grundgesetzes dergestalt verpflichtet fühlt, dass den Feinden der Demokratie niemals die Privilegien des

Verfassungsstaats zuteil werden darf, der muss jetzt handeln. Gerade aus der Tradition als älteste Partei Deutschlands, als historische Kämpferin gegen den Faschismus und als Verbündete derjenigen, die von rechtsradikaler Gewalt bereits gegenwärtig besonders bedroht sind, setzt sich die SPD auf allen Ebenen, in Regierung, Bundestag und in Zusammenarbeit mit den sozialdemokratisch geführten oder mit regierten Ländern für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens ein.

Selbstverständlich ist ein rechtliches Vorgehen gegen die AfD alleine nicht ausreichend. Es ist unbedingt entscheidend, die Demokratiebildung zu stärken, Deradikalisierungsprogramme zu unterstützen und Vertrauen für demokratische Parteien zurückzugewinnen. Es wäre aber in der gegenwärtigen Bedrohungslage für unsere Demokratie sträflich, neben all diesen notwendigen politischen Anstrengungen von den rechtlichen Möglichkeiten der Bekämpfung der AfD nicht zusätzlich Gebrauch zu machen.

In Verantwortung vor unserer Geschichte und für die demokratische Zukunft dieses Landes gilt es, den Weg für ein AfD-Verbotsverfahren freizumachen.

A13 – Wir stehen an der Seite der queeren Community!

Am Greifswalder Hauptbahnhof wurde ein Fahnenmast mit einer Regenbogenfahne böswillig zerstört. Wir sind schockiert über diesen Angriff. Ein Angriff auf unsere Werte, unsere Freiheit und unsere Freund*innen. Die Zerstörung von Symbolen ist keineswegs zu unterschätzen, zeugt es doch von der Bereitschaft, Grenzen zu überschreiten und bereitet Nährboden für weitere hasserfüllte und gewalttätige Aktionen.

Wir haben es bereits in der Vergangenheit gesehen und sehen es auch hier: Der Kampf für eine tolerante, solidarische und weltoffene Gesellschaft geht weiter. Sei es auf dem CSD in Wismar, bei dem parallel eine gewaltbereite rechte Gruppe die Anwesenden einschüchtern, silencen und bedrohen wollte oder jetzt hier in Greifswald. Queere Sichtbarkeit ist kein Selbstzweck, Queere Sichtbarkeit ist notwendig!

Des Weiteren blicken wir mit großer Sorge auf die Sicherheit der queeren Community in Greifswald, unter anderem, nachdem nun ein Verbot von Prideflaggen am Hafen durch die Werft Genossenschaft eingeführt wurde.

Die Jusos Vorpommern-Greifswald solidarisieren sich mit der queeren Community in Greifswald. Wir stehen entschlossen an Eurer Seite. Die Verantwortlichen müssen gefunden und zur Rechenschaft gezogen werden.